

1948-06-02

„Die Union“

Positive Kritik

Der Landesparteitag der CDU Sachsens steht bevor. Im ganzen Lande ist es den Ortsgruppen und besonders in den Kreisparteitagen in den letzten Wochen und Monaten eindringlich und ehrlich um die Fragen gerungen worden, die uns als Deutsche und insbesondere als Politiker der Union seit langem bewegen. Es braucht vor niemandem verheimlicht zu werden, dass die Meinungen durchaus nicht immer einheitlich waren, dass es im Grundsätzlichen wie im Taktischen manche Kritik geübt worden ist. Und das war gut so! Die CDU kennt weder in den eigenen Reihen eine geisttötende Gleichschaltung, noch würde sie eine solche von außen her anerkennen. Echte Demokratie lebt geradezu von der Diskussion, das heißt vom offenen Austausch der Gedanken; sie würde unfruchtbar und verlöre ihr Wesen, wenn überall fertig vorgelegte Ansichten nur schweigend angehört und blindgläubig angenommen würden. Das war die Methode des „Dritten Reiches“, die wir eindeutig ablehnen. Darum erwarten wir auch auf dem kommenden Landesparteitage eine offene und befruchtende Diskussion, um die letzten Nebelschleier zu klären, die da und dort für Freund und Gegner noch über dem Willen der Union der Ostzone liegen mögen.

Die Erfahrungen der vergangenen Zeit aber lehren uns, dass nicht jede Diskussion sachlich, nicht jede eine nüchterne Sicht der politischen Gegebenheiten und ein klares Wissen um die wahren Ziele der CDU seit 1945 sein. Die politischen Tatsachen, auf denen jede politische Arbeit der derzeitigen Parteien in Deutschland im allgemeinen und in der Ostzone im besonderen aufbauen muss, sollten frei von jedem nur stimmungsmäßigen Gefühl und verblendenden Voreingenommenheiten gesehen werden. Eine ernste Tatsache ist, dass wir ein besetztes Land sind, in dem die jeweiligen Militärbefehlshaber alle macht haben und ausüben, dass also eine wirklich freie Demokratie wie in jedem selbstständigem Staate bei uns noch nicht möglich ist. Wer bei der Beurteilung unserer politischen Möglichkeiten etwa von der Weimarer Republik ausgehen wollte, der bisher einzigen deutschen Erfahrung eines demokratischen Staatslebens, müsste zwangsläufig auf einen Irrweg geraten.

Nicht nur, dass wir den Parteienwirrwarr und die falsche Großzügigkeit jener Zeit, die auch den erkannten Feinden jeder Demokratie deren Rechte und Spielregeln zur Verfügung stellte, klar ablehnen müssen: wir können auch die Tätigkeit der damaligen Parteien und die Worte und Entscheidungen ihrer Politiker nicht zum Vergleich heranziehen, eben weil jene in einem freien Staate handeln konnten. Heute aber sind wir in einem besetzten Lande auf dem Weg der Demokratie „unter Aufsicht und Weisung der Besatzungsmächte“ gewiesen. Wem das nicht passt, der muss konsequent sich aus jeder politischen Betätigung heraushalten! Wenn aber alle Deutschen das täten, würde weder eine echte Erziehung unseres Volkes zu demokratischem Denken und Handeln möglich sein, noch die an sich harte Wirklichkeit der Besetzung für uns tragbarer gemacht werden können.

Und damit kommen wir zu einer zweiten Tatsache, die jeder aktive Politiker heute anerkennen muss: die Zusammenarbeit mit einer Besatzungsmacht muss ehrlich und vertrauensvoll sein! Wer auf der anderen Seite nur bösen Willen vermutet, wer ihren Vertretern mit innerer Abneigung begegnet, ist heute unfähig, ein politisches Amt zu bekleiden und irgendetwas Positives für unser Volk zu leisten. Diese Feststellung geschieht nicht im Interesse der Besatzungsmacht, sondern des deutschen Volkes. Wir Politiker der Union der Ostzone wissen genau um unser Ziel christlich-demokratischer Politik, wissen auch um die Schwierigkeiten, die sich gerade in unserer von jeher in hohem Maße marxistisch gesinnten Bevölkerung dagegen abheben, und fühlen uns im Gewissen an unser Ziel heute noch genauso gebunden wie 1945. Mag man dieses und jenes Wort, diese und jene Entscheidung unserer Politiker kritisieren: aber an dieser Gewissenshaltung zu zweifeln, ist keiner berechtigt!

Die Vorgänge in der und um die Union der Ostzone seit dem letzten Zonenparteitage im September 1947 haben natürlich bei vielen in den eigenen Reihen (und auch außerhalb) Fragen kompliziertester Art aufgeworfen, Zweifel geweckt und Kritik gefunden. Wer aber unvoreingenommen auf die Entwicklung in der Union der anderen Zonen, z.B. Bayern, oder auch in anderen Parteien blickt, der wird überall Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen feststellen können. Das liegt eben in der besonderen geschichtlich einmaligen Gesamtsituation des heutigen Deutschland begründet, das sind Krisenerscheinungen eines politischen Krankheitsbildes, dessen Ursachen bis weit vor 1933 zurückreichen, seit 1933 immer belastender und schließlich seit dem Zusammenbruch 1945 offenkundig wurden. Heute kann man weniger denn je Politik in der Gemütlichkeit einer Stammtischatmosphäre oder eines Kränzchens machen: sie ist vielmehr ein mühsamer Weg durch Dschungel und Dickicht, bei dem der verwirrende Urwald der Probleme oft kein Stückchen Himmel mehr über uns sichtbar werden lässt. Wenn wir nicht den Glauben daran hätten, dass dieser Himmel trotzdem blaut (natürlich im übernatürlichen Sinne gesehen!), dann würde niemand von uns heute die Last politischer Verantwortung tragen können.

Wenn manche Delegierte am 4. Juni vielleicht energiegeladener und den Köcher voller kritischer Pfeile nach Dresden fahren, dann mögen sie dies alles wohl bedenken und sich noch einmal sehr genau überlegen, was und mit welchen Worten sie kritisieren und vor allem welche realisierbaren besseren Vorschläge sie machen wollen. Wohlverstanden: es soll keinem das Recht zur Kritik genommen werden, es soll keine Verkrampfung und Unehrllichkeit zwischen uns sein, aber niemand möge dem Partner das christliche Gewissen, das ehrliche Wollen und die selbstlose Arbeit für unser Ziel abstreiten! Ein Gutteil der Demokratie wird durch Reden gestaltet, gewiss, aber manchmal kann ein wohlüberlegtes Schweigen demokratischer sein als unbeherrschtes Geschwätz. Mögen alle Reden und Diskussionen unseres Landesparteitages nur fruchtbar unserem christlich – demokratischen Wollen und damit unserem notgequälten Volke dienen! In diesem Sinne erwarten wir Ruhe, Anerkennung und Tadel, in jedem Falle aber: positive Kritik. Sie wird damit zum aufbauenden und fördernden Element jeder echten demokratischen Gemeinschaft.